"Perspektiven für die Sekundarstufe I" : Vernehmlassung der EDK

Autor(en): **Brunner, Joe**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **83 (1996)**

Heft 4: **Förderungen**

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-529458

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Joe Brunner

«Perspektiven für die Sekundarstufe I» Vernehmlassung der EDK

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren eröffnete im Februar die Vernehmlassung zum Bericht «Perspektiven für die Sekundarstufe I» (Dossier 38), die bis Ende Dezember 1996 läuft. Joe Brunner, als Mitautor der Studie, kommentiert den Bericht aus seiner persönlichen Sicht. Im letzten Abschnitt bestimmt er dessen Stellenwert im Rahmen der umfassenden Bildungsreform unter dem Vorzeichen von NPM.

Zur Vernehmlassung werden die kantonalen Erziehungsdirektionen und Lehrerorganisationen eingeladen. Der Bericht umfasst die fünf Kapitel: Sozioökonomischer Kontext der Sekundarstufe I; Problemfelder der traditionellen Struktur der Sekundarstufe I; Schulentwicklung; Leitideen für die Sekundarstufe I; Darstellung der kooperativen und integrierten Strukturmodelle mit der Empfehlung zu deren Realisierung. Die Stellungnahme der Pädagogischen Kommission der EDK zum Bericht bildet das sechste Kapitel.

Flexible Schulstrukturen

Das Mandat der EDK verlangt von der Studiengruppe u.a. die «Erarbeitung von Modellvorschlägen, welche zum einen die neueren Entwicklungen der Pädagogik berücksichtigen und zum andern als konsensfähige Lösungen von den Kantonen übernommen werden können». Zu den «neueren Entwicklungen» gehört die sog. teilautonome Schule. Davon handelt das Kapitel «Schulentwicklung». Es enthält meiner Ansicht nach Aussagen, die zu den wichtigsten für die Entwicklung der Sekundarstufe I und für das Verständnis der Leitideen und der Darstellung der Strukturmodelle gehören. So wird in diesem Kapitel z.B. betont, dass jene, die den Schulalltag gestalten, grössere Freiräume benötigen, damit sie «in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung der je spezifischen Gegebenheiten auf die sich ständig ändernden Herausforderungen und all die nicht vorhersehbaren neuen Ansprüche reagieren können». Das heisst aber nicht, dass die totale Freiheit verlangt wird, die viele überfordern würde. Vom Staat werden Rahmenbedingen gefordert, z.B. für die Schulstrukturen, Lehrpläne und Übertrittsverfahren, «innerhalb derer lokal angepasste Lösungen möglich sind». Eine Konsequenz davon ist, dass die Studiengruppe ihre Vorschläge zu den Strukturmodellen in der Art formulierte, dass in ihrem Rahmen lokal angepasste Lösungen möglich sind. Konkretere, d.h. mehr ins Detail gehende Modellvorschläge hätten flexible Anpassungen erschwert oder gar verunmöglicht und wären in Widerspruch zur Philosophie der teilautonomen Schule geraten. Der Bericht wäre nicht mehr konsistent, d.h. nicht mehr in sich stimmig gewesen.

Das Kapitel «Schulentwicklung» enthält Aussagen, die zu den wichtigsten für die Entwicklung der Sekundarstufe I gehören.

Konsensfähige Lösungen

Indem das Mandat von der Studiengruppe berechtigterweise konsensfähige Lösungen für die Entwicklung der Sekundarstufe I verlangt, wird gesagt, dass der Bericht die Entwicklungsrichtung für die nächsten paar Jahre weisen soll. Weil sich die Studiengruppe an diesen Auftrag gehalten hat, sind keine grossartigen neuen Entwürfe entstanden, die Laien und Experten in Staunen versetzen. Vielmehr wird an Entwicklungen angeknüpft, die in einzelnen Kantonen schon weit fortgeschritten sind und in andern in Form von Schulversuchen bekannt sind. Aber all diese Reformansätze können kaum in Anspruch nehmen, die Entwicklungsvorgaben im Bericht bereits vollständig erfüllt zu haben.

Weil sich die Studiengruppe an ihren Auftrag gehalten hat, sind keine grossartigen neuen Entwürfe entstanden.

Wer will, kann in allen Landesteilen Schulen besuchen, die mit den empfohlenen kooperativen und integrierten Strukturen arbeiten. Wer diesen Aufwand nicht leisten kann, findet entsprechende Beschreibungen aus der Praxis im EDK-Dossier Nr. 34 «Neue Unterrichts- und Organisationsformen».

9. Schuljahr

Zur Gestaltung des 9. Schuljahres, das in mehreren Kantonen als reformbedürftig betrachtet wird, sagt unser Bericht nichts Spezifisches. Der Grund liegt darin, dass parallel zu unserer Arbeit die EDK ein Mandat für eine Studie «Abschlussprüfungen am Ende der Schulpflicht» vergeben hat und das Resultat bis zum Abschluss unserer Arbeit noch nicht vorlag. In diesem Mandat steht u.a.: «Ausgangslage: Von seiten der Wirtschaft wird immer wieder auf Lücken in der Beherrrschung der Kulturtechniken hingewiesen und der ungenügende Ausbildungsstand der Schulabgängerinnen und Schulabgänger festgestellt. Oft wird das 9. Schuljahr als Schulzeit mit wenig Motivation und unklaren Zielsetzungen empfunden». Der Mandatsauftrag verlangt u.a.: «Ein Bericht ist auszuarbeiten, der die genannten Probleme überprüft und geeignete Mittel zu deren Lösung vorschlägt. Insbesondere sind folgende Lösungsmöglichkeiten abzuklären: Entsprechende Lehrerfortbildung, Struktur- und Lehrplanreform, Einführung von Abschlussprüfungen.» Es ist damit zu rechnen, dass die Studie im Verlaufe des Jahres 1996 in Form eines EDK-Dossiers in die Vernehmlassung gegeben wird. Es wäre wohl sinnvoll, die beiden Dossiers in der Vernehmlassungsstellungnahme gemeinsam zu behandeln.

Schule der Zukunft

Wie deutschen Medien zu entnehmen ist, gewinnt die integrierte Struktur an Bedeutung. «Die Zeit» titelt am 2. Februar 1996 (S. 33): «Die Hauptschule. Ein Nachruf. Im Saarland ist sie jetzt abgeschafft. Mit ihr wird das dreigliedrige Schulsystem zu Grabe getragen.» Die deutsche Hauptschule entspricht unserer Realschule. Im Saarland sank der Schüleranteil auf acht Prozent. Ihre Auflösung beschlossen die Regierungsparteien SPD und CDU in Eintracht. In der Schweiz ist der Abschied von der Realschule, bzw. dem dreigliedrigen Schulsystem, nichts Neues. So hat z.B. der Kanton Tessin diesen Schritt schon vor vielen Jahren vollzogen, und in neuester Zeit ging die Schulreform im Kanton Basel-Stadt in die gleiche Richtung.

Eine integrierte Schulstruktur auf der Sekundarstufe I besteht bereits in vielen europäischen Ländern, und der Trend dahin verstärkt sich noch. (Einen Überblick über die Entwicklung der Sekundarstufe I in Europa gibt der erste Bericht unserer Studiengruppe im EDK-Dossier 31.)

Indem die Studiengruppe in erster Linie eine integrierte Schulstruktur empfiehlt, geht sie mit den europäischen Tendenzen konform.

Indem die Studiengruppe in erster Linie eine integrierte Schulstruktur empfiehlt, geht sie also mit den europäischen Tendenzen konform. «Die integrierte Struktur entspricht noch besser den Leitideen.» Das ist der letzte Satz unserer Arbeit (Seite 51). Konstitutiv für die integrierte Struktur ist die Auflösung der Real- und Sekundarschule. Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I werden in den meisten Fächern gemeinsam unterrichtet, und in einigen Fächern, z.B. Sprachen und Mathematik, werden Leistungsgruppen gebildet. Diese Struktur bevorzugt die Studiengruppe gegenüber der kooperativen. Weil sie aber weiss, dass guter Unterricht und eine gute Schule nebst den Strukturen von vielen andern Faktoren abhängen, gibt sie nur eine Priorität kund, die mit den Leitideen begründet wird, und vermeidet so jeden Strukturdogmatismus. Für die Studiengruppe ist besonders wichtig, dass auf der Sekundarstufe I in jedem Schulhaus («unter einem Dach») prinzipiell das gesamte Bildungsangebot dieser Stufe vorhanden ist, damit entsprechend der Vielfalt der Begabungsprofile (inter- und intraindividuell) eine Niveau- und Fachdifferenzierung möglich wird. Dabei wird betont, dass diese Differenzierung zwecks optimaler kognitiver Förderung nicht oberstes Prinzip sein darf, sondern einzuschränken ist zugunsten der ebensowichtigen sozialen Eingliederung in einen festen Klassenverband, der ermöglicht, soziale Verantwortung zu übernehmen und emotionale Geborgenheit zu erfahren.

Verfolgt man die heutige Diskussion um die Entwicklung der Schule, stellt man fest, dass sie in den Sog der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen hineingerissen wird, d.h. dass es noch lange nicht stiller wird, dass noch grosse Reformen bevorstehen. «Es spricht viel dafür, dass die Schule nur eine Zukunft hat, wenn sie rechtzeitig versteht, dass sie in der tradierten Form und Struktur keine Zukunft hat.» So äussert sich die Bildungskommission des Landes Nordrhein-Westfalen in ihrer Schrift «Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft» (Verlag Luchterhand 1995). Auch in der Schweiz ist die Diskussion um die Schule der Zukunft hochaktuell. Die Konferenz der Leiterinnen und Leiter der kantonalen Pädagogischen Arbeitsstellen bildete die Arbeitsgruppe «Dezentralisierung und Qualitätssicherung im Bildungswesen», um Grundlagen zu ausgewählten Fragen der Steuerung kantonaler Bildungssysteme zu erarbeiten. Weil mehrere Kantone solche Fragen bearbeiten, ist ein schweizerisches Netzwerk mit der Benennung «New Public Management dans le domaine de l'éducation» in Aufbau. Die Organisation «Lehrerinnen und Lehrer Schweiz» hat zur Deregulierungsdebatte mit ihrer Schrift «Die neue öffentliche Schule» eine differenzierte und innovative Position bezogen.

New Public Management (NPM) heisst das neue Zauberwort, nach dem auch das Schulsystem umorganisiert werden soll. Das primäre Ziel ist eine effizientere und kostengünstigere Schule mit einer Neuverteilung von

Kompetenzen und Ressourcen. Der Staat erlässt Rahmenvorschriften und erteilt Leistungsaufträge, innerhalb derer die Schulen ihr eigenes Profil entwickeln. Die Qualitätssicherung läuft über schulinterne und -externe Evaluation. Das Schulsystem der Niederlande funktioniert bereits in dieser Art. Es ist beschrieben in der Publikation von T. Liket «Freiheit und Verantwortung» (Verlag Bertelsmann 1995).

NPM beinhaltet Chancen und Risiken. Es kann eine neue Bildungspolitik entwickelt werden mit erhöhter Qualität und Transparenz und einer günstigeren Ressourcennutzung. Bedingung ist aber, dass das Schulsystem nicht allein unter der Perspektive von Einsparungsmöglichkeiten überprüft wird, sondern pädagogische, politische und ökonomische Gesichtspunkte gleichzeitig berücksichtigt werden. Darum sind Unternehmensberater als alleinige Experten hier fehl am Platz. NPM soll unter Einbezug der Betroffenen und Beteiligten geplant und eingeführt werden.

Wenn nun in der Bildungsgesetzgebung der Kantone NPM-Instrumente verankert werden, sollten nach Möglichkeit für alle Bildungsstufen vom Kindergarten bis zur Universität und Erwachsenenbildung gemeinsame Rahmenbedingungen koordiniert festgelegt werden.

Wenn die gesetzgeberischen, strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen der Bildungsinstitutionen für den Einsatz der NPM-Führungsinstrumente realisiert werden – welcher Stellenwert kommt dann den «Perspektiven für die Sekundarstufe I» zu? Wie bereits oben gesagt, gibt NPM Rahmenbedingungen vor, innerhalb derer Teilautonomie gewährt wird. Rahmenbedingungen müssen auch für die Schulstrukturen festgehalten werden. Somit leisten die «Perspektiven» der Studiengruppe einen unabdingbaren Beitrag zur aktuellen Auseinandersetzung über die Schule der Zukunft.

Die «Perspektiven» der Studiengruppe leisten einen unabdingbaren Beitrag zur aktuellen Auseinandersetzung über die Schule der Zukunft.